

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Augen-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat September 180 Mk., im voraus zahlbar. Beilagen neben sämtlichen Postanstalten entgegen. Fernsprecher: Danks 1970, 1971 und 1972, Amt Wobbit 2021. Redaktionssekretariat: Dönhoff 5503.

Berlag und Exped. Berlin NS 40, Kronprinzenufer 27, 1.

Die unregelmäßig erscheinenden Nummernblätter oder deren Raum kostet 25.— Mk., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das jetzige Blatt kostet 4.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— Mk. netto pro Zeile, Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen; das jetzige Blatt kostet 3.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk. Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Orient und Okzident

Der Krieg zwischen Griechenland und der Türkei hat einen unerwarteten Ausgang genommen. Der Friede von Sevres ist zerrissen. Die Türken erheben sehr hochgeschraubte Forderungen. Sie werden sicher einigen Erfolg haben. Griechenland erging es jetzt ähnlich katastrophal, wie es Rumänien und Serbien im großen Weltkriege erleben mußten. Sie hofften auf Hilfe und verbluteten in militärischer Unterlegenheit.

Die Alliierten stehen vor vollzogenen Tatsachen, die sie zum großen Teil respektieren müssen. Daraus haben deutsche Nachepolitiker bereits wieder den Schluß gezogen, daß Deutschland, wenn es ebenfalls, statt in Erfüllungspolitik zu machen, zum Schwerte gegriffen hätte, heute ähnlich dastehen würde wie die Türkei. Diese Naiven übersahen, daß die Angoraturken ihren Sieg nicht so sehr sich selbst, als den Waffen- und Ausrüstungslieferungen und den finanziellen Unterstützungen Frankreichs zu danken haben; daß der türkisch-griechische Krieg überhaupt nur möglich war, weil Frankreich und Englands entgegengesetzte Orientinteressen es ihnen unmöglich machen, dort mit der gleichen Entschiedenheit und Geschlossenheit aufzutreten wie gegenüber Deutschland.

Die Presse- und sonstigen Äußerungen in Frankreich und England in Folge des Sieges der Türken haben das zur Genüge gezeigt. Es klang sogar eine gewisse feindselige Gereiztheit der einen gegen die andere Seite aus vielen dieser Äußerungen heraus. Für die Orientpolitik beider Länder handelt es sich um Großes. Aber beide Staaten sind durch die fortgesetzten und vergeblichen Bemühungen, das Reparationsproblem und damit den Frieden in Westeuropa endlich aus dem Chaos der nationalen Leidenschaften und Gefahren herauszubringen, gerade jetzt so sehr in Anspruch genommen, daß sie sich in bezug auf ihre kühnsten Wünsche im Orient einige Zurückhaltung auferlegen müssen.

Die Türken fordern nicht nur die Rückgabe Anatoliens, sondern auch Thrakiens. Nach einer Wolffmeldung erklärte der Pariser Vertreter der Regierung von Angora, Ferid Bey, in einer Unterredung mit einem Berichterstatter des „Daily Express“, die einzige Hoffnung für den Frieden im Orient sei, daß die britische Regierung einer bedingungslosen Rückerstattung Adrianopels an die Türken und der Räumung Konstantinopels durch die Alliierten zustimme. Wenn die britische Regierung das tue, dann könnte eine Konferenz stattfinden und die Türken könnten eine Internationalisierung der Meerengen und andere Fragen erörtern, wie z. B. das Verbleiben der Engländer in Basra und anderen Städten Mesopotamiens, wo England Interessen habe. Die Türken erhoben keinen Anspruch auf Mesopotamien; wenn aber die englische Regierung es ablehne, den Anspruch der Türken auf Adrianopel und die türkische Souveränität über Konstantinopel zuzugestehen, dann würden die Türken Mesopotamien überrennen und alles tun, was in ihrer Macht stünde, um den britischen Interessen entgegenzuarbeiten und die britische Herrschaft im Osten zu behindern.

Das ist die Sprache des Siegers. Aber die Dinge liegen weder so, daß die Türken einen solchen Frieden erzwingen könnten, noch so, daß Frankreich, selbst wenn es Lust dazu verspürte, es durch nachdrücklichste Unterstützung dieser Forderungen auf eine völlige Entzweiung mit England ankommen lassen dürfte. Frankreichs Stellung in Europa ist stark. Sie ist durch den Sieg der Türken, der einen Schlag gegen Englands Orientinteressen bedeutet, noch stärker geworden. Da aber noch alle anderen Friedensprobleme ungelöst und in der Schwebe sind, und gerade in der aller nächsten Zeit große Anforderungen an die gemeinsame Arbeit beider Länder stellt, werden die maßgebenden französischen Politiker nicht so töricht sein, es auf die eigenen Forderungen vor. General Sir Frederic Maurice drahtet der „Daily News“ aus Konstantinopel, daß zur Hervorhebung der Solidarität der Alliierten sich französische und italienische Truppen auf Befehl der alliierten Generale den britischen Truppen auf der Ismid-Halbinsel und der asiatischen Küste der Dardanellen anschließen. Britische Kriegsschiffe sind in Tschana an der engsten Stelle der Dardanellen eingetroffen. Kemal Pascha steht demnach einer gemeinsamen Demonstration gegenüber. Dieser Aktion der Generale der Verbündeten werde eine baldige Erklärung der alliierten Regierungen folgen. Französische Truppen hätten sich nach Brussa, das noch immer von den Griechen gehalten wird, begeben, um die

Wiederaufbau durch die sozialen Baubetriebe

(Eca.) Paris, 12. September. Das Aktionskomitee für die befreiten Gebiete ist achtern zusammenberufen worden, um die Vorschläge der deutschen Gewerkschaften über die Naturalisierungen zum Wiederaufbau zu prüfen. Schließlich wurden die Vorschläge des Verbandes der sozialen Baubetriebe für Berlin angenommen und die deutschen Organisationen aufgefordert, Delegierte zu ernennen, die mit Vollmachten ausgeschickt nach Paris kommen sollen, um mit dem Aktionskomitee ein Abkommen über Naturalisierungen in die befreiten Gebiete zu treffen. Nach dieser Zusammenkunft empfing das Aktionskomitee eine Delegation der französischen Bauarbeiter. Der Delegation wurde versichert, daß die Interessen der französischen Bauarbeiter durch das Abkommen des Aktionskomitees mit den deutschen Gewerkschaften nicht beeinträchtigt würden.

Belgien verlangt Zahlung

Brüssel, 12. September. Wie die „Agence Belge“ mitteilt, hat der belgische Ministerpräsident Theunis, der seine in Brüssel anwesenden Kollegen über die Lage auf den Landen gehalten hatte, beschlossen, von Deutschland die Bezahlung der am 15. August und 15. September fälligen Zahlungen mit Schatzscheinen zu verlangen, die durch ein Golddepot sichergestellt werden sollen, das in einer der belgischen Regierung genehmigten Bank hinterlegt werden soll. Heute vormittag notifizierte der Minister des Äußeren, Jaspar, den deutschen Geschäftsträger, Dr. Landsberg, den Beschluß der belgischen Regierung.

Die türkischen Waffenstillstandsbedingungen

(E.P.) London, 12. September. „Daily Chronicle“ meldet aus Konstantinopel, daß die Türken folgende Bedingungen für den Waffenstillstand aufstellen werden: 1. Uebergabe der griechischen Armee mit dem gesamten Kriegsmaterial, 2. Verzicht auf alle Ansprüche in Anatolien und Itrazien, 3. Reparationen und Kriegsschadigungen, 4. Auslieferung der besiegten griechischen Personen, die für die Verwüstungen in Anatolien verantwortlich sind zur Aburteilung in der Türkei.

Vereintes Vorgehen an den Dardanellen

London, 12. September. Reuter meldet aus Malta: Zwei britische Batterien haben den Befehl erhalten, sich zum Abtransport nach Konstantinopel bereitzuhalten. „Times“ melden, daß die alliierten Kommissare in Konstantinopel der Angora-Regierung mitgeteilt haben, daß die Alliierten unter keinen Umständen irgend eine Verletzung der neutralen Zone, die den Bosphorus und die Dardanellen einschließt, durch die kemalistische Armee dulden werden. In britischen Regierungskreisen werde nach wie vor darauf gedrungen, daß es unbedingt notwendig sei, die thrakische und die Dardanellenfrage von allen Verhandlungen, die als unmittelbares Ergebnis der Operationen in Anatolien entstehen könnten, auszuschließen.

dortigen Christen zu schützen und die Zerstörung von Eigentum zu verhindern. Darf man also annehmen, daß der Sieg der Türken die Zusammenarbeit Frankreichs und Englands in der Türkei nicht lockert, so ist andererseits zu erwarten, daß die Ereignisse in der Türkei auch die Verhandlungen hinsichtlich der Reparationen beschleunigen werden. Der Zustand der Schwebe wird immer unerträglicher, nicht nur für die am schwersten betroffenen besiegten Länder, sondern auch für die Siegerstaaten. Die letzten Verhandlungen mit den belgischen Delegierten in Berlin haben nicht zu einem Abschluß geführt. Die sechsmonatige Laufzeit der Belgien auszuhandigenden Schatzwechsel ist zu kurz, um eine Konsolidierung der deutschen Währung zu ermöglichen. Die Reichsbankdirektion hat erklärt, daß sie geforderten Falls in sechs Monaten die Wechsel nicht einlösen könne. Nach einigen Pressmeldungen haben die belgischen Delegierten die Unzulänglichkeit dieses Beschlusses der Reparationskommission ausgedrückt. Sie erklärten sich aber außerstande, eigenmächtig darüber hinauszuweisen. Nach einer anderen Meldung hat die belgische Regierung bereits erklärt, die Verhandlungen seien abgeschlossen. Schatzwechsel und Golddeckung müßten von Deutschland akzeptiert werden. Diese „Lösung“ ist nur dann vor verheerenden Wirkungen gefeit, wenn bis zum Jahresablauf die Repa-

Die Konferenz in Venedig abgefragt

(E.P.) London, 12. September. Die englische Regierung hat den alliierten Regierungen eine Note übergeben, daß die Konferenz von Venedig unter den gegenwärtigen Umständen und in der ursprünglich gedachten Form gegenstandslos geworden ist. Die Note erklärt, daß die Orientfrage Gegenstand einer allgemeinen Regelung sein müsse, die nur den Alliierten zustehe. Die englische Regierung schlägt die Einberufung einer Orient-Konferenz in aller nächster Zeit vor. „Neutral-News“ berichten, daß offizielle Besprechungen für diese Konferenz schon im Gange seien.

Oesterreich vor dem Völkerbund

(E.P.) Genf, 12. September. Das zum Studium der österreichischen Frage eingesetzte Fünferkomitee hat, wie bestimmt verlautet, in seiner Samstag-Sitzung den Bericht Imperialis über Oesterreich angehört und seinen Gesundheitsplan zur Kenntnis genommen. Der österreichische Plan ist im wesentlichen das Werk Schanzers, Paratorens und Imperialis. Er zerfällt in fünf Abschnitte, und zwar: 1. Finanzreform, 2. Währungsreform, 3. Verwaltungsreform, 4. Internationale Kontrolle, 5. Uebergangsbestimmungen und politische Klauseln. Der Inhalt in großen Zügen ist folgender: Die österreichischen Steuereinnahmen sollen so erhöht werden, daß der Staatshaushalt ins Gleichgewicht kommt. Die neue Notenbank wird im Rahmen der allgemeinen Kreditlinien gegründet, an der sich internationale, hauptsächlich englisches Kapital gegen Verpfändung gewisser österreichischer Aktien und die subsidiären Garantien der vier interessierten Mächte sowie wahrscheinlich auch der Schweiz beteiligen wird. Die Kredite werden Oesterreich in Monatsraten bezahlt. Eine internationale Finanzkontrolle wird monatlich ein Aktionsprogramm für den jeweils vorzunehmenden Beamtenabbau und die nötigen Steuererhöhungen festsetzen. Es wird erwartet, daß das österreichische Parlament einen Rahmen schaffen wird, worin die österreichische Regierung ermächtigt wird, alle Vorschläge der Kontrollkommission im Verordnungsweg durchzuführen. Das Programm Imperialis steht augenscheinlich im Vordergrund aller Beratungen über Oesterreich und wird voraussichtlich angenommen werden.

Hundert Tote beim Untergang der „Hammonia“

(Eca.) London, 12. September. Entgegen den bisherigen Mitteilungen, daß alle Passagiere des gesunkenen deutschen Dampfers „Hammonia“ gerettet seien, ist nunmehr ein Funkentelegramm des englischen Schiffes „Inlands-Castle“ eingelaufen, wonach 16 Menschenleben bei dem Untergang der „Hammonia“ zu beklagen seien. Nach anderen jetzt eingetroffenen Meldungen sollen sogar 100 Opfer bei dem Schiffsunglück zu verzeichnen sein.

Zum Wiener Streik. Die Gewerkschaftskommission und die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften haben beschlossen, von heute ab die „Arbeiterzeitung“ wieder erscheinen zu lassen. Ferner wurde der Erlass eines Aufrufes an die Arbeitererschaft beschlossen, einen Streikentzug für die Streikenden abzuführen.

rationspflicht Deutschlands auf eine tragbare Basis gebracht und außerdem durch ein nicht zu kurzfristiges Moratorium ihm eine Atempause gewährt wird. Der Wille zur Verständigung wärmt sich gerade in der letzten Zeit auch in Frankreich zusehends. Das Abkommen zwischen Luberac und Stinnes darf zweifellos ebenfalls als ein Beweis dafür angesprochen werden. Auch dieses würde in Frage gestellt, wenn sich bei der Weiterverfolgung der bisherigen unmaßlichen französischen Reparationspolitik neue Komplikationen ergäben. Zudem sind bereits Versuche im Gange, weitere Abkommen ähnlicher Art zu treffen. Auch Belgien scheint Neigung zu solchem Vorgehen zu haben. Für den deutschen Steuerzahler, besonders für das Proletariat, für Arbeiter, Angestellte und Beamte, bedeuten derartige Abkommen gewaltige Schäden. Dennoch drücken sie nicht so verheerend auf die Marktwährung sowie auch auf die Kaufkraft der Löhne und Gehälter, wie die Goldzahlungen für Reparationszwecke. Sie machen die innere deutsche Politik zu einem guten Teile wieder frei von auswärtigen Einflüssen, sie ermöglichen auch dem Proletariat, in nachdrücklicherer Weise für seine Existenzinteressen einzutreten. Die nächste Zeit wird lehren, ob sich aus der neugeschaffenen Lage in der Türkei auch Rückwirkungen auf die Reparationspolitik der Entente ergeben.

Die Thüringer Wahlen

Besser der bürgerliche Wähler ist, wenn es sozialistische Mehrheiten zu besitzigen oder das Entstehen solcher Mehrheiten zu verhindern gilt, davon haben die Gemeinde- und Kreisratswahlen in Thüringen am verflochtenen Sonntag ein Bild. Geldmittel spielten bei den Bürgerlichen keine Rolle. Sie haben es ja, und zudem sind Gelder, die der Bekämpfung der sozialistischen Bewegung dienen, gut angelegt. Bedeutet doch jede den Sozialisten abgegebene Stimme, einerlei welche Mittel dabei angewendet werden, eine Stärkung der kapitalistischen Position. Und in der Wahl der Mittel zeigten die Bürgerlichen keine Strupfel. Keine Verdächtigung war gemein genug, keine Verleumdung geschäftig genug. Voten die Forderungen der Sozialisten keine Handhabe, so mußten die Kandidaten erhalten. Namentlich in den letzten Tagen vor der Wahl und am Wahltag selbst wurde auf einem Gebiete in Flugblättern das Menschenmögliche geleistet. Eine Widerlegung all der Lügen und Verleumdungen war unmöglich, nicht nur weil es gegenüber den im letzten Augenblick gemachten Ausstellungen an Zeit gebrach, sondern auch weil die sozialistischen Parteien nicht annähernd über die Geldmittel verfügten, um die Schlammflut papierner Verleumdungen abzuwehren zu können.

Auf der anderen Seite wurden die Bürgerlichen unterstützt durch die Kommunisten. Auch sie nutzten ihre Versammlungen und ihre Flugblätter zu den kostigsten Angriffen gegen die sozialdemokratischen Parteien aus. Die Nutznießer waren aber die Bürgerlichen, und geschädigt wurde lediglich die Arbeiterbewegung. Allenthalben war zu konstatieren, daß viele Arbeiter, angeekelt durch die Art des Bruderkampfes, von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machten. Indessen sind die Hoffnungen der Bürgerlichen trotz der vielleicht unbewußten Unterstützung seitens der Kommunisten nicht in Erfüllung gegangen.

Einzelne Wahlergebnisse der Gemeinderatswahlen:

Eisenach: USPD. 6403 Stimmen (letzte Wahl 4261), SPD. 2190, KPD. 1948, Demokraten 2059, Wiederbaupartei 4082, Deutschnationale 2299, Deutsche Volkspartei 3902.

Gera: USPD. 17189, SPD. 2984, KPD. 8650, Bürgerliche 22682.

Meuselwitz: USPD. 8, SPD. 8, KPD. 3, Demokraten 5, Wirtschaftliche Einheitsliste 3.

Greiz: Sozialistische Gemeinschaftsliste 8350, KPD. 1786, Bürgerliche Einheitsliste 11944 Stimmen.

Zeulenroda: Sozialistische Gemeinschaftsliste 8011, KPD. 71, Bürgerliche Einheitsliste 3472.

Schleiz: 1791 Bürgerliche Stimmen, 840 Sozialistische Arbeitsgemeinschaft. Sitz: 16 Bürgerliche und 7 Sozialisten.

Lobenstein: USPD. 749, Gewerbetreibende 299, Parteilose 93, Bürgerliche Vereinigung 379 Stimmen.

Jena: USPD. 718, SPD. 6084, KPD. 3553, Demokraten 3490, Bürgerliche Liste 8158, Wahlvorschläge der Vorortsgemeinden 1318.

Rahla: USPD. 132, SPD. 1314, KPD. 686, Vereinigte Demokraten und Deutsche Volkspartei 644, Deutschnationale 458.

Eisenberg: SPD. 1084, KPD. 1067, USPD. 126, Vereinigte Wirtschaftsgaruppe 2172.

Moschautal: SPD. 356, USPD. 235, Bürgerliche Vereinigung 566.

Sonneberg: USPD. 710, SPD. 1825, KPD. 206, Bürgerliche Vereinigung 1768.

Wünsch: SPD. 1421, USPD. 154, KPD. 96, Wirtschaftsvereinigung 1397.

Schmalk: SPD. 3042, USPD. 828, KPD. 527, Wirtschaftlicher Wahlaußschuß 2442.

Altenburg: USPD. 1568, SPD. 10307, KPD. 849, Demokraten 2122, Wirtschaftliche Einheitsliste 7931.

Apolda. Ver. SPD. 2694, Bürgerlicher Wahlverein 878,

Vereinigte bürgerliche Parteien 4804, KPD. 1157, Vorortsgemeinde Oberroßla 177.

Kranstädt: Ver. SPD. 8736, KPD. 1971, Vereinigte bürgerliche Liste 5647, Reichsliste Partei 125.

Gotha: Ver. SPD. 2087, KPD. 6263, Bürgerliche Parteien 11601, Demokraten 1799, Nachbarvereinigung Siebenleben 888.

Lambach: KPD. 1063, USPD. 156, Bürgerliche 709.

Ruhla: KPD. 1478, USPD. 482, Bürgerliche 1341.

Waltershausen: KPD. 1279, USPD. 596, Bürgerliche 1711.

Nochmals der Fall Janus

Zur Verhaftung des Redakteurs der „Roten Fahne“, Janus, teilte uns der Rechtsbeistand des Verhafteten, Genosse Dr. S. Weinberg, mit, daß die in Nr. 330 unseres Blattes veröffentlichte amtliche Mitteilung des Polizeipräsidenten durchaus irreführend sei. Tatsächlich ist Janus, der in Berlin ordnungsmäßig polizeilich gemeldet ist und täglich in der Redaktion der „Roten Fahne“ arbeitete — so daß von irgendeinem Fluchtversuch nicht die Rede sein konnte —, unter dem Vorwande, daß man von ihm eine Auskunft haben möchte, nach Zimmer 331 des Polizeipräsidenten, Abteilung 1a (das ist die angeblich nicht mehr bestehende politische Polizei), bestellt worden. Es ist ihm hierbei ausdrücklich am Telefon erklärt worden, daß er sofort unbehelligt wieder gehen könne. Er ist auch zunächst über eine Angelegenheit, in der er als Redakteur der „Roten Fahne“ eine Strafanzeige wegen eines reaktionären Waffensagers erstattet hatte, gehört worden. Am Schluß dieser Aussprache teilte ihm dann plötzlich der vernehmende Kommissar mit, daß gegen ihn eine Sache aus Stuttgart vorliege, in der er verhaftet werden sollte. Er wurde trotz seines Protestes im Amtszimmer des Kommissars verhaftet, und es wurde ihm nicht einmal gestattet, seine Redaktion telefonisch von seiner Verhaftung zu benachrichtigen. Es bleibt also dabei, daß Janus in seiner Eigenschaft als Redakteur zur Erteilung einer von der Polizei gewünschten Auskunft zur Polizei gelockt und dort verhaftet worden ist.

Die Verhaftung selbst erfolgte auf Grund eines Stuttgarter Gerichtsurteils, durch das Janus wegen eines Artikels im Stuttgarter „Kommunist“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Janus hatte ein Strafausschlagsgesuch eingereicht, das mittlerweile abgelehnt worden war. Er war jedoch im guten Glauben, daß er nach der Ablehnung seines Strafausschlagsgesuchs zunächst eine neue Aufforderung zum Strafantritt abzuwarten habe. Von irgendeinem Fluchtversuch konnte aus den eingangs erwähnten Gründen nicht die Rede sein. Wir können den Verdacht nicht loswerden, daß die Verhaftung von Janus die Strafe dafür sein sollte, daß er es gewagt hatte, ein reaktionäres Waffensager der Polizei anzugehen.

Schlimmer als Gefängniszellen

In Frankfurt a. M. tagt gegenwärtig der Kongreß des Deutschen Vereins für die öffentliche Gesundheitspflege. Zu den Gegenständen der Beratung gehört auch die Wohnungsnot. In einem Referat hierüber sagte Prof. Dr. Morgenroth, der Direktor des statistischen Amtes in München, u. a., die Wohnungsnot sei nicht nur auf einen Rückgang der Bautätigkeit, sondern auch auf die Zunahme der Bevölkerungsdichtigkeit zurückzuführen, die sich trotz Gebietsabtretungen und Kriegsverlusten von 115 auf 134 pro Quadratkilometer erhöht habe. Durch das ungeheure Wachstum der Zahl der Haushaltungen sei die Zahl der Haushaltungen um 8,03 v. H. gewachsen, außerdem sei der neue Wohnungsbedarf durch die Flüchtlinge und Rückwanderer um 150 000 Wohnungen vermehrt. Das Glend in den Wohnungen sei grauenhaft. In Berlin allein lebten 1139 Familien in Kellern, 22 800 Familien in Klammern, die kleiner seien als eine Gefängniszelle. Die Statistik lasse in geradezu unheimliche Wohnungsverhältnisse hineinsehen. Wohnungsaussichten, Wohnungspflege mühten gegenüber diesem Glend verzagen. Prof. Dr. Krautwig-Röhl ergänzte die Darlegungen durch Ausführungen über die Folgen der Wohnungsnot für die Gesundheit. Frau Dr. Marie Baum-Karlseube brachte

eine Reihe von erschütternden Beispielen der Wohnungsnot bei. Das einzige Mittel gegen alle angezeigten Schäden sei erhöhte Bautätigkeit.

Die Angaben Dr. Morgenroths sind gewiß erschütternd. Sie machen Staat und Gemeinden zur unabweisbaren Pflicht, unbedinglich Schritte zur Abstellung der Wohnungsnot zu unternehmen. So wie in den letzten Jahren können die Dinge nicht mehr weitergehen.

Das Arbeitszeitgesetz

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich, wie den PPP. mitgeteilt wird, in Sitzungen am 7. und 8. September mit der Begutachtung des Gesetzesentwurfes über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter. Der Entwurf, der vom Reichsarbeitsministerium vorgelegt wird, legt im engen Anschluß an die im November 1919 in Washington gefassten Beschlüsse der Internationalen Arbeitsorganisation beim Völkerbunde, der Deutschland als Mitglied angehört, den Achtstundentag gesetzlich fest. Der Wichtigkeit dieser Frage angemessen, haben lange Vorbereitungen eines Arbeitsausschusses und Sachverständigenversammlungen stattgefunden.

Der erste Abschnitt des Entwurfes bestimmt den Geltungsbereich des Gesetzes. Zu den gewerblichen Arbeitern sind auch dem Kreise der Angestellten die Werkmeister und Techniker hinzugezogen worden, weil sie mit den gewerblichen Arbeitern in enger Arbeitsgemeinschaft stehen. Die Vertreter der Arbeitnehmer, insbesondere der Angestellten, wiesen dabei auf die Schwierigkeiten einer Trennung und verschiedenen gesetzlichen Behandlung von Arbeitnehmergruppen hin, die in der Praxis nicht immer streng zu scheiden sind. Sie verlangten die Vereinigung beider Gesellschaften über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und die der Angestellten in einem Gesetz. Die Vertreter der Arbeitgeber widersprachen dem mit der Begründung, daß die Aufgabe der Betriebsbeamten die Vorbereitung und ununterbrochene Fortleitung der Arbeit, so die Uebergabe bei Schichtwechsel, ist, und ihre Arbeitszeit daher nicht gemeinsam mit der der Arbeiter geregelt werden könne, auch wenn sie in enger Arbeitsgemeinschaft steht. Sie verlangten daher die Verweisung der Werkmeister und Techniker in das Gesetz für die Angestellten. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums lehnte beide Auffassungen mit Hinweis auf die in der Demobilmachungsverordnung bestehende Regelung ab. Doch behielt sich der Ausschuß seine Entscheidung über die Vereinigung der beiden Arbeitszeitgesetze vor. Eine Einigung der Auffassungen ergab sich nicht. Der § 1 wurde in der Fassung des Arbeitsausschusses mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. Sie lautet:

„Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten für die in Gewerbebetrieben einschließlich des Handels und des Bergbaues beschäftigten gewerblichen Arbeiter, sowie für die mit ihnen in unmittelbarer Arbeitsgemeinschaft stehenden Betriebsbeamten; ferner für im Hausdahl beschäftigte Arbeiter, soweit das Hausgehilfengesetz auf sie eine Anwendung findet.“

Bedenken eines Vertreters der Verarbeiterschaft, daß durch diese Fassung für die im Bergbau unter Tage beschäftigten Arbeiter der Achtstundentag als Normalarbeitszeit hingestellt werde, wurden vom Vertreter des Reichsarbeitsministeriums mit dem Bemerkten zerstreut, daß das Gesetz nur die Höchstarbeitszeiten festlege und Vereinbarungen über eine kürzere Arbeitszeit nicht berühre.

Der § 2 gibt eine Auslegung des Begriffs gewerblicher Arbeiter und rechnet dazu auch die Lehrlinge. Wegen dieser Auffassung erhob ein Arbeitgebervertreter des Handwerks Widerspruch, weil das Lehrverhältnis ein Erziehungsverhältnis sei. Die Arbeitnehmer vertraten dagegen die Ansicht, daß es sich in der Praxis um ein Arbeitsverhältnis handle.

Gegenüber einem Antrag der Arbeitgeber der Landwirtschaft, die Landwirtschaft und ihre Nebenbetriebe sowie die mit ihr eng verbundenen Handwerksbetriebe von dem Gesetz auszunehmen, wies der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums darauf hin, daß für diese Betriebe der Entwurf nicht gelte. Doch wurde der Antrag der Landwirtschaft mit den Stimmen der Arbeitgeber gegen die der Arbeitnehmer angenommen.

Der Film am Mittwoch

Noch einmal Film und Arbeiterpresse

Mit unserer Ankündigung, wir würden die Arbeiterpresse auffordern, die Filme zu meiden, von deren Vorführung man ihre Presse mit Absicht ausschließt, beschäftigt sich die „Rechtbildbühne“. Sie kommt zu folgendem Schluß:

„Wem, wie uns, bekannt ist, wie sehr sich die ganze ernsthafte Filmindustrie darum bemüht, Interesse und Verständnis ihrer Arbeit bei der gesamten Tagespresse zu erwecken, wird es nicht für möglich halten, daß ein irgendwie namhaftes Mitglied unserer Industrie auf einen Teil der Presse, welcher politischen Richtung er auch angehören mag, keinen Wert lege. Es kann sich u. E. hier höchstens um die Stimme einer vollkommen unmaßgeblichen Stelle oder Persönlichkeit handeln, deren unüberlegte Äußerung man wirklich nicht als symptomatisch für die Auffassung der Filmindustrie ansprechen kann. Die Redaktion der „Freiheit“ darf davon überzeugt sein, daß sich in der ganzen Industrie kein verständiger und irgendwie belangvoller Mensch findet, der „keinen Wert auf die Stimme der Arbeiterpresse legt“. Dankenswert wäre es allerdings, wenn die „Freiheit“ den Namen des Betreffenden bekanntgäbe, weil sich vermutlich schon daraus klar ergeben würde, daß wir recht haben, wenn wir dieser Äußerung kein Gewicht beimessen.“

Nun, Gewicht messen auch wir dieser Äußerung nicht bei, um nicht damit die viel zu unansehnliche Person, die sie tat, zu erdrücken. Daß aber eine „vollkommen unmaßgebliche Persönlichkeit“, die sich nicht nur „unüberlegte“ Äußerungen, sondern auch Handlungen zuschulden kommen läßt, sich an maßgeblicher Stelle so lange breitmachen kann — dieser Tatsache muß Gewicht beigemessen werden! Jene „Persönlichkeit“ ist nicht nur „Presschef“ der Alhambra, nein, sie scheint auch als Presschef des Oswald-Kongress und ihrer Abneigung versichern zu wollen! Denn — merkwürdigerweise — gerade seitdem wir das Vorgehen der Alhambra gekennzeichnet haben, bleiben auch die Einladungen fürs Oswald-Theater aus! Ob diese vollkommen unmaßgebliche Persönlichkeit noch irgendwo Presschef oder sonst was Maßgebliches ist, weiß ich nicht. Jedenfalls hat

sie auf dem heutigen Niveau der Filmindustrie das Zeug, es auch da zu werden, wo sie es bisher noch nicht ist! Dosis Koffler.

Filmchau

In der „Alhambra“ am Kürfürstendam, also in jenem aristokratischen Theater des Westens, das sich dem „Vorwärts“ und der „Freiheit“ seit den Fox-Vorstellungen verschließt, weil es „keinen Wert“ auf die Stimme dieser Blätter legt, fand eine bemerkenswerte Uraufführung statt: „Der Graf von Charolais“, frei nach Richard Beer-Hofmann. Veranstalterin war die Nationalfilm-Gesellschaft, und von ihr gingen auch die Einladungen aus, wodurch mir der Besuch des Hauses ermöglicht war. Unter den unzähligen Versammlungen bedeutender Literaturwerke, die wir in den letzten Wochen kennengelernt haben, war diese die verschleifte. Die Handlung des Dramas besteht aus einigen gleichgültigen Motiven, die der Wiener Dichter einem alten englischen Schloß entnommen und notdürftig zu einem Gerüst zusammengefügt hat, um es mit kostbaren Schätzen aus eigenem Besitz zu behängen. Denn was sind und ein toter General, dessen Leichnam verpfändet ist, ein pietätvoller Sohn, der des Vaters Ehre reinigt und dadurch die Liebe einer reichen Patrizierin gewinnt, ein Verführer, der das junge Eheglück zertrümmert, ein Vorbewirt und dergleichen? Erst durch die herausragende Sprachkunst, mit der Beer-Hofmann diesen Gerippen so heiligglühenden Lebensodem eingeblasen hat, ist der „Charolais“ zum unvergänglichen Kleinod der deutschen Dichtung geworden. Was macht der Film daraus? Er läßt ihn den Lebensodem wieder aus und trägt zu den dann übrigbleibenden Skeletten noch einige Knochenstücke mehr aus dem englischen Original hinzu. Soll das an Einzelheiten bewiesen werden? Da ist die Verführungsszene, die in der Dichtung nicht mehr von sprachlichen Kunstgewerke des Herrn von Hofmannsthal herkommt, sie hat — was für eine sprachliche Schönheit betrifft — in der deutschen Literatur überhaupt nicht ihresgleichen und kann nur mit den besten Stellen aus D'Annunzio verglichen werden: Der Verführer redet auf die Frau ein in Worten, die sich an sich selbst immer mehr entzünden, bis sie schließlich zu so berausender Farbenpracht anschwellen, daß man es glaubhaft findet, wenn die Frau davon wie von hypnotischer Kraft bezaubert wird! Da im

Film der Verführer stumm ist, benebelt er die Frau — statt mit Worten — mit einem Schlafpulver! Das allein wäre schon charakteristisch genug. Doch das ist nicht alles; von solchen Banalitäten wimmelt es. Das Drama kann sich einen tragischen Abschluß, den Selbstmord der gewaltlos entführten Frau, leisten, weil es an ihrer Waise den Schmerz des Gatten und des Vaters aufwühlend schildern kann. Der Film kann das nicht, darum wendet er sich an den Heben Gott und veranlaßt ihn, ein Wunder zu tun, damit alles gut ende. Und so geschieht: Die Frau, der niemand die Unschuld glaubt, wird zum Tod verurteilt und befindet den Scheiterhaufen. Schon züngeln um sie die Flammen, da verfinstert sich plötzlich der Himmel, Regen prasselt nieder, löst das Feuer und rettet die Frau. Gott selbst also hat gesprochen und sie für schuldlos erklärt. Wenn nämlich draußen regnet, so ist das für einen mißtrauischen Gatten zweifellos der beste Beweis, daß seine Gattin unschuldig sei. Folglich glaubt er, und sie kriegen sich zuletzt wieder. Die Befehung mit Klopfer, Dieterle, Eva May, Rudolf Rittner (der sich nach fünfzehnjähriger Zurückgezogenheit zum erstenmal wieder öffentlich zeigt) macht den Film interessant, aber nicht gut.

Eine anerkannteste Leistung ist die Verfilmung von Salbes „Jugend“. Das Schicksal Handens und Kunthens hat von der Bühne herab schon so viele Menschen erschüttert und wird noch so viele erschüttern, nun läßt es auch von der Leinwand herab eine ebenso starke Wirkung aus. Man spürt aus jedem Bildchen, wie verständnisvoll und intensiv der Bearbeiter und Regisseur Fred Sauer sich in den Mythos der Dichtung hineingehört hat. Die ihr eigene Atmosphäre schwingt unverfälscht selbst in den Szenen mit, die über die Handlung des Bühnenwerks hinauszureifen, so in der Vorausschau (Annas Mutter) oder in den Landschaftsbildern (Nachtwanderung durch schlafende Dörfer, Reise in der Volkstümlichkeit mit der gemächlichen Stimmung von anno dasumal, wo der Großvater die Großmutter nahm). Nur die nach der Liebesnacht — im letzten Akt — immer drohender heranwachsenden Schauer einer unvermeidlichen Katastrophe hätten eindrucksvoller gestaltet werden können. Da macht sich eine Abspannung des Regisseurs oder Bearbeiters bemerkbar, was um so bedauerlicher ist, als es die Darstellerin des Kunthens, Grete Reinwald, trotz ihrer Jugend eine Tragödin ersten Ranges, verhindert hat, sich, so auszuspielen, wie sie es allem Anschein nach kann! D. 2.

Der Nürnberger Einigungsparteitag

Der Nürnberger Einigungsparteitag der Sozialdemokratie wird, wie die P.P.N. hören, von Reichheitssozialdemokraten und Unabhängigen mit je 150 Delegierten besetzt werden. In dieser Zahl sind zunächst die Vertreter der leitenden Parteikörperschaften enthalten und sodann die Vertreter der einzelnen Parteibezirke, die von den Parteitagen in Augsburg und Gera als Delegierte gewählt werden.

Den Vorsitz in Nürnberg dürften neben den beiden Parteivorständen Wels und Dittmann zwei Parteiveteranen führen, die seinerzeit dem Einigungskongress der Sozialisten und Eisenacher im Jahre 1875 in Göttingen beigewohnt haben: nämlich Hermann Kollensuhr und Fritz Geier.

Bitte keine Unterstellungen

Genosse Crispian schreibt uns:

In seinem Artikel in der „Freiheit“ vom 12. September unterstellt mir Genosse Ledebour, daß ich mich in bezug auf die Haltung rechtssozialistischer Führer zu Anfang der Novemberrevolution zu einem meiner früheren Beurteilungen entgegengesetzten geschichtlichen Urteil durchgerungen habe. Diese Unterstellung weise ich entschieden zurück. Ich kam auch dem Genossen Ledebour nicht den Gefallen tun, irgend etwas von dem zu widerrufen, was ich über die revolutionäre Entwicklung in Deutschland und über die Haltung der verschiedenen Parteien gesagt und geschrieben habe. Auch mein Artikel, der in der „Freiheit“ vom 8. September veröffentlicht wurde, ist vollkommen korrekt und einwandfrei. In diesem Artikel begründe ich die Notwendigkeit der Einigung der sozialistischen Parteien aus der gegenwärtigen politischen Situation, wobei ich auch nachweise, in welchen Erscheinungen sich die gegenwärtige Situation von den vorhergegangenen unterscheidet. Genosse Ledebour begründet freilich seine Stellungnahme zur Frage der Einigung, als hätten wir noch im November 1918 oder im Frühjahr 1919.

Die USPD. Berlins zur Einigung

Am Dienstagabend tagte in den Sophiensälen die Generalversammlung der USPD. Berlin, um zu dem vorliegenden Antrag zum bevorstehenden Parteitag Stellung zu nehmen. In etwa einstündigen Ausführungen begründete Genosse Krille die Notwendigkeit der Einigung im Interesse des Proletariats. Er wies an Hand des Aktionsprogramms im einzelnen nach, daß es eine durchaus geeignete Grundlage für die Einigung bilde.

Einem eingangs der Versammlung angenommenen Antrag entsprechend, wurde dem Genossen Rosenfeld als Gegner der Einigung das Wort zu einem Referat gegeben. Im Gegensatz zum Referenten, Genossen Krille, fand er mit seinen Ausführungen oftmals lebhaften Widerspruch und nur bei einem kleinen Teil der Versammlungsbesucher Beifall. Besonderen Widerspruch löste Genosse Rosenfeld dadurch aus, daß er verurteilte, den Genossen Crispian aus dem Jahre 1919 gegen den Genossen Crispian von heute auszuspielen.

Genosse Rosenfeld legte eine Resolution vor, die besagt, daß die Zeit für eine Einigung noch nicht gekommen sei. Von der Geschäftsleitung lag folgender Antrag vor:

Die außerordentliche Generalversammlung der USPD. Groß-Berlins sieht im vorliegenden Aktionsprogramm eine geeignete Grundlage zur Schaffung einer Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Für die Diskussion war eine Redezeit von 10 Minuten festgesetzt. Als erster Diskussionsredner sprach der Genosse Wederle, nach ihm der Genosse Crispian, der wiederholt von Beifall unterbrochen wurde. Bei Schluß der Redaktion legte die Versammlung noch fort.

Der Bezirkstag Niederschlesien für die Einigung

Am 8. September tagte in Göllitz der gut besetzte Bezirksparteitag Niederschlesiens. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Referat der Genossin Kemnitz und nach einmündiger Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in welcher die Notwendigkeit proletarischer Einigung betont wurde. Von der Zentralkommission wird erwartet, daß sie alles tun wird, um die noch bestehenden Hindernisse eines endgültigen Zusammenschlusses zu beseitigen. Ferner wurde mit sofortiger Wirkung eine Verdoppelung der Parteibeiträge beschlossen.

Der Zuckerverbrauch soll weiter dauern

Die oldenburgische Regierung hat dem Reichsrat folgenden Antrag unterbreitet:

Es wird beantragt:

Der Reichsrat wolle beschließen, daß für das Betriebsjahr 1. Oktober 1922/23

1. zur Sicherung des Verbrauchs der Bevölkerung an Mundzucker je Kopf und Woche 1/4 Pfund Zucker aus der Inlandzuckererzeugung im Wege der öffentlichen Bewirtschaftung zur Verfügung zu stellen ist.

2. an Einmachezucker, Zucker für Zucker und zur Herstellung von Konfektionen die nach näherer Bestimmung des Reichsernährungsministeriums notwendigen Mengen an die öffentliche Hand abzuliefern sind.

Die Abgabe des hiernach beschlossenen Zuckers geschieht nach den §§ 17 bis 20 und 22 der Reichsverordnung über den Verkehr mit Zucker vom 17. Oktober 1917 und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen zu angemessenen, von den Verbrauchern tragbaren Preisen.

Nach Ansicht der oldenburgischen Regierung beträgt die diesjährige Zuckererzeugung 30 Millionen Zentner. Um der Bevölkerung wöchentlich ein halbes Pfund zu sichern, wären 15 Millionen Zentner nötig. Fünf weitere Millionen Zentner würden gebraucht werden, um den Einmachezucker sowie den Zucker für Marmelade und Konfektion zu sichern. Der Ueberfluß von 10 Millionen Zentnern und der zur Einfuhr gelangende Auslandszucker soll der freien Preisbildung und dem freien Handel überlassen werden. Für die von der Zwangswirtschaft ersetzten 20 Millionen Zentner soll in den Raffinerien Beschlagnahme erfolgen und ein behördlich festgesetzter Preis gelten. Im Gegensatz zu diesem Antrag der oldenburgischen Regierung, der der Bevölkerung wenigstens ein Mindestmaß von Zucker sichern will (ein halbes Pfund pro Kopf und Woche ist angesichts der Milch- und Fettknappheit nicht übermäßig viel),

will das Reichsernährungsministerium auch für die Zukunft im Handel freien Zuckerverkehr und freie Preisbildung beibehalten. Es will lediglich das Verbot beibehalten, aus Inlandzucker Vikore und Zuckerwaren zu erzeugen, solange nicht der Zuckerverbrauch der Bevölkerung gedeckt ist. Das Reichsernährungsministerium fürchtet, zweierlei Preise gäben Unzulänglichkeiten ab. Die Zustände sollen bleiben, wie sie sind, weil man den Widerstand der Interessenten scheut. Angesichts der Haltung des Ernährungsministeriums, die auch nicht ein Fünkchen Verständnis für das Notwendige zeigt, müssen die Parlamente mobil gemacht werden. Eile tut not, denn hat der neue Zucker erst wieder die Raffinerien verlassen, so ist ein Eingreifen zwecks Zwangswirtschaft unmöglich.

Zucker, Gerste und Obst

Wie die P. P. N. erfahren, hat das Reichsernährungsministerium unter dem 8. September eine Verordnung erlassen, gegen die ungewöhnliche Verwendung von Zucker, Gerste und Obst. Danach wird verboten, das künstlich inländischer Zucker für die Herstellung von Vikoren, Schokolade, Konfitüren usw. verwandt wird. Laufende Verträge zwischen dem Zuckerhandel und der zuckerverarbeitenden Industrie werden danach aufgehoben; nur die Bestände an Inlandszucker, die sich in den Betrieben befinden, dürfen verwandt werden.

Ferner wird die Herstellung von Bier wesentlich eingeschränkt. Bier von mehr als 13 Prozent Stammwürze darf überhaupt nicht mehr hergestellt werden. Die Herstellung von sogenanntem Volkobier mit einer Stammwürze von 9 bis 13 Prozent wird auf 10 Prozent der Gesamtproduktion jeder Brauerei beschränkt. Dadurch erhofft man eine beträchtliche Ersparnis an Gerste zu erzielen, die der wirklichen Volksernährung zugeführt werden kann. Zum dritten wird durch die Verordnung die Herstellung von Branntwein aus Obst verboten, um auf diese Weise das Obst dem frischen Verbrauch und der Marmelade- und Speisenzubereitung zuzuführen.

Die Verordnung des Reichsernährungsministeriums erstreckt sich auf das gesamte Reich und bedarf keiner weiteren Ausführungsbestimmungen der Länder.

Der Stinnes-Vertrag

Zu den wenigen bürgerlichen Blättern, die sich mit dem Stinnes-Abkommen über die Sachlieferungen zum Wiederaufbau Frankreichs nicht befremden können, gehört die deutschnationale „Deutsche Zeitung“ des Herrn Max Maurenbrecher. Nachdem in wenigen Tagen der Oberfinanzrat Dr. Wang in dem Blatte seine Bedenken gegen das Stinnes-Abkommen geltend gemacht hat, befaßt sich an der gleichen Stelle eine „Hervorragende industrielle Seite“ mit demselben Gegenstand. Die „industrielle Seite“ erklart das Hauptmoment, das gegen den Stinnes-Vertrag spricht, in dem Umstand, daß Stinnes bezw. die Hoch- und Tiefbau-Aktiengesellschaft allzu große Macht erlangt, weil sie alle Arbeiten zu vergeben hat.

So dürfte, heißt es in dem Artikel, der Vertrag Stinnes-Subersac die Ursache werden, eine Art Verrentung jedenfalls aller derartigen Betriebe, die Baustoffe für Käufer liefern, herbeizuführen.

Das wird dazu führen, daß im Binnenlande kein Mensch mehr in der Lage sein wird, irgendetwas von diesen Sachen zu kaufen, da die Preise durch einen einseitigen freien Wettbewerb nicht mehr gemindert werden können. Im Gegenteil, man wird die Preise zahlen müssen, welche die Macht des Trustes diktiert.

Diese Preise werden nun noch dadurch gesteigert werden, daß für eine gewisse Zeit das Ergebnis der Erzeugungsleistung in hohem Maße für den Wiederaufbau in Frankreich in Anspruch genommen werden wird. Können wir jetzt dabei in Deutschland der Wohnungsnot schon nur eine ganz kleine Erleichterung durch Neubauten gewähren, so wird das in Zukunft vollständig unmöglich sein.

Es kommt hinzu, daß auch, wenn Stinnes selber an den Lieferungen nur im mäßigen Grade durch eigene Werke beteiligt ist, er durch die außerordentliche Gewalt, die dieser Vertrag in seine Hand gibt, in die Lage versetzt werden wird, ja, geradezu anzuweisen wird, die sämtlichen Lieferungen unter seiner gewaltigen und tatkräftigen Hand zu vereinigen.

Wir können also alsbald einen Zustand vor uns haben, wo die Marx'sche Formel der Expropriation der Expropriateure noch vereinbart wird. Denn ob Stinnes will oder nicht, so wird doch der Verlauf der Dinge zu einer Konzentration der Wirtschaftsmittel führen, die in der Richtung von vor uns bisher für eine Utopie gehaltenen marxistischen Pläne liegt und die jedenfalls dem Marxismus den Querschnitt auf die Wirtschaft wesentlich erleichtern wird. So daß wir, trotz ausgedehnter, eines Tages vor der Expropriation der Expropriateure stehen.

Was die „industrielle Seite“ über die Auswirkungen des Stinnes-Vertrages sagt, soweit sie die Steigerung der Stinnes'schen Hausmacht und die Verrentung der Industrie betrifft, ist auch von uns unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Vertrages ausgeführt worden. Wegen dieser Steigerung der Hausmacht des Herrn Stinnes hätten die Deutschnationalen wohl kaum etwas einzuwenden, sofern die Industrien im allgemeinen ruhiger sein könnten, bedenklich stimmt sie nur, daß eines Tages die Expropriation der Expropriateure vereinbart werden könnte, d. h. daß die Arbeiterchaft eines Tages der Hausmacht ein Ende bereiten und die Sozialisierung des Stinnes-Trustes durchführen könnte.

Krupp Hauptbesitzer der Putilow-Werke

Der Pariser Korrespondent des „Oberver“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß Krupp seit einiger Zeit in Unterhandlungen gestanden habe mit dem früheren Petersburger Bankier Dimitri Rubinstein und einem Mitgliede der Familie Putilow. Diese Verhandlungen seien in Berlin durch Vermittlung des Bankhauses von Benedendorff geführt worden und hätten zu dem Ergebnis geführt, daß die Firma Krupp den größten Teil der Anteile der Putilowwerke erworben und sich damit die Kontrolle über dieses Unternehmen gesichert habe. Als Preis wird die Summe von 104 Millionen Mark genannt.

Der alleruntertänigste Diener

Ueber die Flucht Wilhelms nach Holland am 9. November 1918 haben seine Abergötter schon verschiedene Versionen verbreitet. Klar ist daraus nur hervorgegangen, daß die Umgebung Wilhelms an jenem Tage von schütternder Angst befallen war, und daß sie ihren „großmächtigen Kaiser“ dringend anrieten, schleunigst zu verduften. Das Wilhelm denn auch tat.

Nachträglich wollten die „Diener“ zum Teil die Sache nicht wahr haben und suchten den Todestand zu betweifen. Neuerdings beteiligte sich auch Hindenburg an diesen Versuchen. In einem Briefe an Wilhelm, den er „Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser, Allergnädigster Kaiser, König und Herr“ nennt, schreibt Hindenburg, er trage die Mitverantwortung an dem Entschluß, daß Wilhelm ins Ausland floh, weil die erstliche Gefahr drohte, „daß Euer Majestät über kurz oder lang von Mäxtern aufgehoben und dem inneren oder äußeren Feinde ausgeliefert würden.“ Auch heute sei Hindenburg noch der Ansicht, daß jener Vorschlag der richtige war. Aber daß er am Abend des 9. November zur sofortigen Abreise gedrängt habe, sei ein Irrtum.

Dieser Brief Hindenburgs ist wahrlich nur ein Streit um Worte. In des Kronprinzen Denkschriften wird ausdrücklich festgestellt, daß alle, aber auch alle, einschließlich Hindenburg, den Kaiser veranlaßt hätten. Im Übrigen ist der Streit ziemlich gleichgültig. Wilhelm ist fort und kein Vermittler weint ihm Tränen nach. Die Meinung der „alleruntertänigsten Diener“ interessiert uns nicht.

Erhöhung der Sozialrentnerbezüge

Die Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung ist heute vom Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages beschlossen worden. Die Unfallrenten sollen nach der Vorlage eine Verdoppelung erfahren. Zu diesem Zweck ist eine Erhöhung der Versicherungsprämie beschlossen. Danach gilt als Jahresarbeitsverdienst der erhöhten Rente, wer eine oder mehrere Renten bezieht, deren Prozentsätze zusammen 50 Proz. nicht erreichen, bei männlichen landwirtschaftlichen Arbeitern 18 000 Mk. jährlich, bei weiblichen landwirtschaftlichen Arbeitern 9 000 Mk. und bei den übrigen Versicherungspflichtigen 30 000 Mk.

Bei der Berechnung anderer erhöhter Grenzen wird als Jahresarbeitsverdienst festgesetzt: Bei männlichen landwirtschaftlichen Arbeitern 30 000 Mark, bei weiblichen landwirtschaftlichen Arbeitern 18 000 Mark und bei den übrigen Versicherungspflichtigen 48 000 Mark.

Deutsches Kapital in Rußland. Eine große deutsche Firma führt seit einiger Zeit Verhandlungen mit der ukrainischen Sowjetregierung wegen einer Bodenkonzession im Tiraspoler Bezirk. Die Konzession soll über 10 000 Desjatinen umfassen. Die Firma will auf diesem Areal eine Maschinenfabrik einrichten.

110 Mark für ein Bierbrot. Im Soargebiet beträgt der Preis für ein vierpfündiges Brot, das auf Brotmarken abgegeben wird, vom 10. September ab 110 Mark. Der Mehlpreis für das Brotmehl, das an Stelle von Brot auf Brotmarken verpackt wird, beträgt 31,50 Mark pro Pfund.

Das Ueberarbeitsabkommen für den rheinisch-westfälischen Bergbau ist bisher auf 200 Schachtlagen durchgeführt. An der Ueberarbeit beteiligten sich 70 Proz. der Gesamtbeschäftigten.

Der Saatensand in den Vereinigten Staaten. Nach einem Telegramm des amerikanischen Ackerbauministeriums an das Internationale Ackerbauinstitut in Rom haben die jüngsten Regenfälle den Stand der Maiskulturen im Ohio stark erheblich verbessert. Dagegen hat die Dürre in den südlichen Anbaugebieten im größten Teile des Landes sich verschlechtert.

Feuerungsdebatte im Rathaus

Berliner Stadtverordnetenversammlung

Der Magistrat hat eine Dringlichkeitsvorlage über die Erhöhung des Straßenbahn-Tarifs eingebracht, der auf seinen Wunsch auf 12 Mark für die einfache Fahrt gebracht werden soll. Der Verwaltungsrat der Straßenbahn schlägt dagegen vor, den Tarif nur auf 10 Mark zu erhöhen.

Der Dringlichkeit wird von Genossen Dr. Weul widersprochen. Die Kommunisten haben neue Anträge zur Feuerungsdebatte eingebracht.

In der gekürzten Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung mußte man nach einer Stunde die Reden der einzelnen Fraktionen zur Feuerungsdebatte über sich ergehen lassen. Namentlich der Vertreter der Wirtschaftspartei erregte den größten Widerspruch, teils auch Heiterkeit, als er für die notleidenden Arbeiter und Händler den Wunsch freie Bahn schaffen wollte. Er verteidigte sich auf der Behauptung, daß die Feuerungsdebatte eigentlich Klassenache sein. Ein Zentrumsmann hielt ihm entgegen, daß man das vielleicht anerkennen könne, wenn man die Arbeiter als Klasse ansehe. Richard Künze, der für seine Fraktion reden wollte, wurde durch Schluß der Debatte daran gehindert.

Für unsere Fraktion hielt das Schlusswort Genosse Dr. Weul. Er wandte sich scharf gegen die Schöpfung und Auswucherung der Bevölkerung. Von dem Magistrat forderte er eine Vorlage über Einführung der Zonenpreise auf der Straßenbahn. Auf Stadt und Gemeinde müsse ein Druck ausgeübt werden, damit durch Einstellen anderer Geldmittel der Ernährungs-katastrophe Einhalt geboten werden könne. Gelder könnte sich das Reich durch eine wirkliche Besteuerung der Kriegss-, Revolutions- und Reparationsgewinner verschaffen. Preisfeste könne der Magistrat durch Abschluß größerer Lieferungsverträge wirken. Ein Stück aus dem Tollhause sei es, daß an die Spitze der Ernährungsdebatte ein Deutschnationaler stehe, der schon auf Grund seiner Weltanschauung ein Gegner der Verbraucher sei. Die Bevölkerung lasse sich dieses Durcheinander der kapitalistischen Wirtschaftsweise nicht mehr länger gefallen. Er sah nach Beilegung dieser Wirtschaftsform eine bessere Lage zu erwarten.

Für die Deutsche Volkspartei sprach noch Dr. Lindhardt, für die Kommunisten Dörz, der die Leistungen der Hamburger Arbeiter vries und die Sozialdemokraten als Helfer der Kapitalisten „Brandmarke“.

Alle Anträge und die Vorlage des Magistrats wurden an einen Ausschuss verwiesen.

(Fortsetzung siehe nächste Nummer.)

Heute Zahlabend in Groß-Berlin

Die Miete am 1. Oktober

Im „Gemeindeblatt der Stadt Berlin“ wird jetzt die endgültige Fassung der Mietverordnung des Berliner Magistrats auf Grund des Reichsmietengesetzes veröffentlicht. Wir bringen auf Grund dieser Fassung noch einmal eine knappe Uebersicht, um unsern Lesern das Verständnis der zahllosen Fragen zu erleichtern, die an sie und an die aus den Reihen der Mieter gewählten Mietervertreter herantreten werden.

Die Mietpreisberechnung geht aus von der Friedensmiete. Als Friedensmiete gilt die tatsächlich gezahlte Miete vom 1. Juli 1914. Als Grundmiete gelten davon in den meisten 80 Prozent, d. h. bei einer Friedensmiete von 100 Mark beträgt die Grundmiete 80 Mark. (In Häusern mit Sammelheizung 71 Mark, mit Warmwasserversorgung 77 Mark.) Alle Zuschläge, die erhoben werden, gelten als Zuschläge zu dieser Grundmiete.

Zur Grundmiete treten nun die Zuschläge. Diese zerfallen in zwei Arten: 1. Diejenigen Zuschläge, die durch die Magistratsverordnung auf eine feste Grenze festgelegt sind; 2. die Zuschläge, die auf die Miete am Ende eines jeden Monats in voller Höhe umgelegt werden.

Zu den ersten Zuschlägen gehören die folgenden: Für Verwaltungskosten 50 Prozent; für laufende Instandsetzungsarbeiten 50 Prozent; für die Erhöhung der Zins- und Hypothekenzinsen 5 Prozent.

Zu den laufenden Instandsetzungsarbeiten zählen nicht: das Tapezieren bzw. Anstreichen oder Malen der Wände und Decken, das Streichen der Fußböden und der Fenster, und das Anstreichen der Türen in den Wohnungen. Nur für den Fall, daß solche Arbeiten durch Naturereignisse, Rohrbrüche, Schwamm, Dachschäden oder Verschulden Dritter verursacht sind, hat der Vermieter diese Kosten zu tragen.

Zu den laufenden Instandsetzungsarbeiten zählen nicht: gehören: Grund- und Gebäudesteuern, Entwässerungsgebühren, Straßenreinigungsgebühren, Wassergeld, Schornsteinfegergeld, Müllabfuhr (wenn sie behördlich begrenzt ist).

Diese Kosten sind voll vom Mieter zu zahlen.

Begrenzt umzulegen sind die Müllabfuhr bis zu 50 Prozent (wenn die Kosten nicht behördlich begrenzt sind); die Schlackenabfuhr bis zu 35 Prozent; die Treppen- und Flurbeleuchtung bis zu 35 Prozent; die Feuerversicherung bis zur Höhe der Versicherung der Feuerzofizität; Fahrstuhlbetrieb bis zu 50 Prozent; Haftpflichtversicherung bis zu 40 Prozent (immer in Prozenten der Grundmiete).

Zu diesen teils beweglichen, teils festen Zuschlägen, die in den einzelnen Häusern natürlich verschieden sein werden, tritt die Wohnungsbonabgabe in Berlin vom ersten Oktober ab mit 100 Prozent der Friedensmiete, wovon 25 Prozent dem Staat (Preußen) und 75 Prozent der Gemeinde zustehen.

Die tatsächlich zu zahlende Miete wird danach etwa das 1 1/2-fache der Friedensmiete betragen.

Der Mieterschaft erwachen mit der Durchführung dieser Bestimmungen außerordentlich große Aufgaben. Es wird für die Zukunft von entscheidender Bedeutung sein, ob es gelingt, die Mieterschaft so zu organisieren und in einem solchen Ausmaße an der Lösung dieser Aufgaben zu beteiligen, daß die Mitarbeit der Mieterschaft und ihrer Vertreter in den nächsten Jahren sich bereits zu einer wirklichen Mitverwaltung des gesamten Hausbesitzes auswächst. Das Reichsmietengesetz gilt nur auf vier Jahre. Die kapitalistischen Parteien wollen es selbstverständlich dann fallen lassen und hoffen, daß sie dann die Mieten nach ihrem Belieben festsetzen können. Dann hätten heute die Mieter

bereits mindestens den 100fachen Friedenspreis, wenn nicht mehr für ihre Wohnung zu bezahlen und gebaut würde doch nicht. Für die Sozialisten aller Richtungen wird es darauf ankommen, in diesen Jahren solche Vorarbeit zu leisten, daß diese Pläne zu schanden werden. Das Reichsmietengesetz muß trotz all seiner Mängel, die wir nicht ver kennen, dazu dienen, daß bereits jetzt der Rahmen für die künftige genossenschaftlich-gemeinwirtschaftliche Verwaltung und Erhaltung des gesamten Haus- und Grundbesitzes durch die Einwohnerschaft gesichert wird.

Gegen Uebergriffe der Finanzämter

Die Grenzen der Befugnisse der Finanzämter muß wieder einmal der Reichsminister der Finanzen in einem Erlaß an die Präsidenten der Landesfinanzämter ziehen.

Er erklärt es als Pflicht der Finanzbehörden, die Vorschriften zum Schutze des Arrestschuldners besonders sorgfältig zu beachten, nachdem ihnen die Abgabenordnung so weitgehende Befugnisse verliehen hat. Dies gelte für seine Vollziehung ebenso wie für die Anordnung des dinglichen Arrestes. Der Arrestschuldner habe das Recht, gegen die Arrestanordnung Beschwerde an das Finanzgericht zu erheben oder durch Hinterlegung die Befreiung des Arrestes und die Aufhebung des vollzogenen Arrestes zu erwirken. Daraus ergebe sich die Verpflichtung des Finanzamtes, die Arrestanordnung dem Arrestschuldner so frühzeitig bekanntzugeben, als dies mit dem Zwecke des Arrestes vereinbar ist. Die Arrestanordnung kann zwar vollzogen werden, bevor sie dem Arrestschuldner bekanntgegeben worden ist. Das Finanzamt kann aber die Zeit der Bekanntgabe nicht nach freiem Ermessen bestimmen. Nach einem Gutachten des Reichsfinanzhofes ist der Arrest ohne Wirkung, wenn die Bekanntgabe nicht innerhalb einer Woche nach Vollziehung und vor Ablauf eines Monats nach dem Erlasse der Arrestanordnung erfolgte.

Wohlfahrtsfeste

Schließlich muß doch etwas geschehen, um den Armen der Armen zu zeigen, daß auch an sie gedacht wird. Eine ausreichende Sozialrente für die Schwachen und Alten, die nicht mehr Ausbentungsobjekt sein können, belastet den Staatshaushalt — in dem es bekanntlich infolge der Steuerdrückerei der „notleidenden“ Reichen trüb aussieht — in unerwünschtem Maße. Aber was tun, wenn der Hunger die Geduldigen zur Auflehnung treibt und nichts gegeben wird, mit dem er sich stillen läßt. Also rührt man den Kluge, veranlaßt reichende Feste mit hohen Eintrittspreisen und überweist den „Meinertrag“ den Bedürftigen.

Es ist aber damit ein eigenartig Ding, wenn Mittel für wohltätige Zwecke zusammengebettelt werden auf Festen, auf denen größter Luxus in Kleidung und Schmuck zur Schau gestellt wird. Denn das, was bei solchen Veranstaltungen an eleganten Kleidern und prächtigem, wertvollem Schmuck gezeigt wird, ist ja schließlich das wichtigste, und oftmals kostet ein einziges Kleid mehr als aus dem Nummel an Meinertrag dem sogenannten wohltätigen Zwecke zugewendet werden kann. Die bürgerliche Presse, die sich nicht genug tun kann in der Schilderung über die angebliche „Vergnügungssucht“ der Arbeiter, weiß gewöhnlich haarklein über alle Einzelheiten solcher Wohlfahrtsfeste zu berichten, schweigt aber in der Regel über den finanziellen Nutzen. Hin und wider bringt davon etwas an die Öffentlichkeit, und natürlich wird dann ein Klagegedalbe geungen, als ob dadurch in Zu-

kunft die Wohlfahrtsbälle ertragreicher gemacht werden könnten.

In der heutigen Zeit müssen solche Veranstaltungen direkt aufreizend wirken, zumal wenn man bedenkt, daß sich heute selbst diejenigen kaum das Nötigste zum Anziehen und an Hauswäsche kaufen können, die in Arbeit stehen und nach der landläufigen Annahme ungerechtfertigt hohe Löhne beziehen. Aber die Bourgeoisie braucht ihre Vergnügungen, und letzten Endes macht es doch nach außen hin einen guten Eindruck, wenn die „notleidenden“ Reichen sich um die Schwachen und Alten besorgt zeigen. Schade nur, daß die Schaar der Gläubigen immer mehr zusammenschmilzt. Das kommt aber beileibe nicht daher, weil solche Feste für die Arbeiter immer begehrtlicher werden. Ihnen genügen nicht mehr die Almosen, die von der Reichen Tische fallen. Und das ist gut so.

Die Tariskrise der Straßenbahn

Der Verwaltungsrat der städtischen Straßenbahn trat am Montag unter dem Vorsitz des Stadtbaurats Dr. Adler zu einer Besprechung über die Notwendigkeit einer weiteren Tariserhöhung der Straßenbahn zusammen.

Wie wir erfahren, legte die Verwaltung an der Hand eingehender Zahlen dar, daß schon heute mit dem vor kurzen eingeführten 8-Mark-Tarif angesichts der inzwischen weiter gestiegenen Feuerung nicht duranzukommen, und eine weitere nennenswerte Tarifsteigerung unbedingt erforderlich sei. Die Verwaltung schlug die Erhöhung des Einheitstarifes auf 12 Mark und des Preises für Umsteige-Fahrerine auf 20 Mark vor. Doch begnügte dieser Vorschlag im Verwaltungsrat den erheblichen Bedenken, besonders mit Rücksicht darauf, daß die Stadtbahn und Hochbahn auch noch in der nächsten Zeit weitläufig niedrigere Tarife haben werden als die Straßenbahn. Da sich selbst bei einem Tarif von 12 Mark für die Straßenbahn immer noch ein Fehlbetrag von 225 Millionen für dieses Rechnungsjahr ergebe, müßten andere Mittel gesucht werden, um eine einigermaßen befriedigende Lösung zu finden. Hierfür wurde die Einführung eines Kurzfahrer- oder Zwei-Zonentarifes vorgeschlagen, wonach eine wesentliche Preiserhöhung nur für längere Fahrten stattfinden soll.

Die Besprechung im Verwaltungsrat hatte nur vorbereitenden Charakter; die Entscheidung soll Ende dieser Woche in der Verkehrsdeputation fallen.

Die Delegierten zum Parteitag

In der Urwahl zum Parteitag wurden folgende Genossen in Berlin gewählt:

- Mitte: Paul Brendel; Tiergarten: Herm. Glajus; Wedding: Theob. Diebknacht, Gust. Blaschke, Friedrich Kiefer; Prenzl. Berg: Alexander Stein, W. Maderholz; Friedrichshain: Paul Krause, Hermann Müller; Hallesches Tor: Joh. Berl, Hermann Schweikard; 7. B.-B. Charlottenburg: Oskar Horrig; 8. B.-B. Spandau: Dr. R. Herz, Spandau: H. u. H. B. Wilmersdorf-Schmargendorf: Fritz Bauer; 11. B.-B. Schöneberg: Georg Wendt; 12. u. 13. B.-B. Steglitz-Tempelhof: Georg Richter; 14. B.-B. Neukölln: Herm. Harnisch, Karl Schneider; 15. u. 16. B.-B. Treptow-Cöpenick: Paul Becker (Adlershof), Max Tollsdorff (Cöpenick); 17. B.-B. Pichlerberg (Stadt u. Land): Fritz Thurm, Hermann Reh; 18. u. 20. B.-B. Weihensee-Pankow-Reinickendorf: Hermann Behrendt, Joh. Buchweis.

Preiswerter Seefischverkauf

Der nächste Verkauf preiswerter Seefische, der von den Organisationsämtern der Berliner Fischhändler unter Leitung des Ernährungsamtes der Stadt Berlin veranstaltet wird, findet heute, Mittwoch, von 9-1 Uhr, statt. Es werden abgegeben: Seelachs, ohne Kopf, unfortiert 30.— Mk. das Pfund, See-

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(44. Fortsetzung.)

„Also bist du der richtige Lehrer, Schmerzlich,“ bemerkte darauf Georg Standhalter, der Eisener. „Bravo!“ Und er klatschte in die Hände.

„Prost!“ sagte der Meyer.

Schmerzlich wurde giftig.

„Der richtige Lehrer, das bist ja du. Der einzig richtige. Wir ändern, wir sind ja all nix. Nur du. Drum machst du ja auch dein Oberlehrerexamen. Und wir sind alle Esel.“

„Prost!“ rief der Meyer.

In diesem Augenblicke hob sich unten am Tische ein behäbiger Herr mit einem gutmütigen Gesichte, kluge und sagte mit humoristischem Anfluge und spöttischen Bewegungen: „Meine Herren, ich konstatiere, daß wir einen Vortrag gehört haben über richtige und unrichtige Lehrer, über solche, die noch gar keine sind, und solche, die eine wertvolle seminaristische Bildung haben. Ich als Unparteiischer kann darüber reden. Mein Vater ist Kantor in Havelberg gewesen, weiter existiert nichts, was mein Urteil parteiisch beeinflussen könnte. Ich sage dann, recht hat jeder. Am meisten recht hat unser Freund Seppel Meyer. Er hat nur jerrunken und liegt faul auf dem Sofa, wie Sie sehen. Dann, nach ihm, habe ich am meisten recht. Ich habe nur jeschwiegen. Nicht einmal richtig zugehört habe ich. Aber soviel habe ich verstanden, daß es eine Rechenmethode mit schwarzen und roten Zahlen gibt, bei der alles am Schnürchen geht — und daß da ein Brotbaum, Buchsbaum, Affenbaum oder sonst ein Baum ist, der etwas Nichtiges gesagt hat. Sonst pflügen Bäume nichts zu sagen, aber dieser Baum hat etwas Nichtiges gesagt.“

„Schluß — au! au! Schluß!“ rief der Geisteswart des Bierisches Georg Standhalter.

Aber der Redner ließ sich nicht irre machen.

„Sie haben gesagt Schluß, ich sage ja nicht Schluß.“

„Dann reden Sie ewig, Onkel Wolff.“

„Ewig auch nicht, aber weiter. Recht hat auch unser junger Mann mit dem hervorragenden Namen“

„denn er hat alles über sich ergehen lassen, nachdem er sein, wie wir alle jesehen haben, jämlich ungericht-

fertigtes Urteil ausgesprochen hatte. Ich befehle dann zur Veruhigung der Jemüter und friedfertigen Lösung der pädagogischen Fragen einen allgemeinen Umtrunk. Wer mit mir einverstanden ist, soll sitzen bleiben.“

Alle blieben sitzen.

„Sehr gut, Onkel Wolff! Prost!“ rief der Seppel Meyer.

„Der Onkel Wolff trifft doch immer das Richtige,“ sagte Heinrich Schmerzlich und wischte sich den Mund.

„Sehr geistreich war das nicht, Onkel,“ quittierte ihm Georg Standhalter, der Eisener. „Aber wir wollen uns wieder vertragen, prost!“

Philipp hob bescheiden sein Glas und trank dem jovialen Onkel Wolff zu. Der hatte schon sein Glas geleert, biß sich eine Zigarre ab und rauchte sie an, dabei die Augen fest zukneifend. Und halb im Ziehen, halb im Pusten sagte er mit zu'nen Augen: „Prost, prost, — Prost!“

Dann kam der Sonnenwirt Heinrich Frank und füllte die Runde. Da er meinte, es sei ein besonderer feierlicher Anlaß, so ging er noch einmal hinaus in seine große Wirtstube, füllte seinen Eiterkrug und trat wieder in das Nebenzimmer hinein mit den Worten:

„Meine Herren, ich schließe mich Ihren Glückwünschen an und trinke auf Ihr Wohl, Ihr Gedeihen und Ihre Gesundheit.“

Man klatschte in die Hände und lachte. Der Sonnenwirt trank seine Maß leer und schwankte sie hoch, indem er sie umkehrte.

Der Onkel Wolff aber läutete die Püggelglocke und redete:

„Jehn Piennige für die Büge — er trinkt immer nur auf sein Wohl. Dann aber, zu Ehren des Geburtskindes, dessen Wiegenfest wir feiern, verurteile ich unsern braven Sonnenwirt Heinrich Frank zu einer doppelten Runde!“

Wieder Beifall. Der Sonnenwirt fragte sich hinter den Ohren und ging hinaus. Er schmiß halt die Runde, was wollte er machen. Der Abend brachte es wieder ein, wenn sie Geburtstag feierten.

Dann kam der Doktor Nord, der Naturwissenschaftler der Bürgerschule, der es als einziger Akademiker nicht unter seiner Würde fand, mit den gewöhnlichen Schullehrern zu verkehren. Er sagte nur zu Philipp

„Herr Kollege“, aber er war ohne Präntentionen und brachte keinen schweren Ton in die Gesellschaft. Er war für die Anekdoten. Und wenn er lachte, meckerte er, daß die Fenster klirrten. Nach dem sechsten Glase bekam er einen leichten Jungenschlag, der ihm aber sehr gut stand. Er spürte wohl selbst, wie die Maschinerie nicht mehr so laufen wollte, aber er konnte das Erzählen nicht lassen. So erzählte er denn mit der Zigarre im Munde, so daß man nur das wenigste verstehen konnte. Und wenn dann bei der Pointe nicht gelaßt wurde, wurde er ärgerlich.

Dem Philipp hob die Gegenwart des Doktors das Selbstgefühl ein wenig. Er war doch von den Urpädagogen gar zu arg heruntergedrückt worden. Und als er noch ein paar Glas Bier getrunken hatte, sprach er mit dem Doktor über griechische und lateinische Syntax und erging sich in Jitäten.

Georg Standhalter wurde grün vor Zorn, als er das hörte, und beschloß, es ihm ein andermal einzutrinken. Der Seppel Meyer aber prostete unaufhörlich.

Die Tafel war nun voll besetzt worden. Der Wein- händler Hilslein war noch gekommen und sprach aus dem Konversationslexikon, der Kantor Bloß behauptete die Schwierigkeit der Uebergänge auf der Trugel, wenn der Parrer aus der Tonart herauskam, der Meyer Rohr als seine eigene Wurst und bewies damit, daß sie gut war, und der Stadtrechner Schüler spreizte seine dürren Finger und bewies die Wohlthat der Alimente und die Notwendigkeit der Kirchensteuer. Zuletzt kamen noch ein paar junge Kaufleute, ein Gerber, der Schmied Engelhart, der als Sozialdemokrat in Verruf war, und der Kriegervereinspräsident Citel, der den Engelhart nicht austischen konnte und immer mit ihm in Disput geriet. Es gab nun ein paar Statpieler. Der Onkel Wolff schloß vor seinem Glas ein, rauchte im Schlofen und prostete im Traum, der Doktor Nord gewann Philipp für die Gabelsbergerische Stenographie und schimpfte auf Stolz und Schrey, Georg Standhalter trat von Zeit zu Zeit hinter einen Statpieler und „wangte“ — Seppel Meyer aber gukte wie ein junger Mailäfer in die Welt und soff. Er war kaum höher wie ein Butterfah, aber es ging ein Stückfah voll in ihn. Und er blieb ganz ruhig dabei. Außer, daß er prost sagte. Das war seine Force.

(Fortsetzung folgt.)

Isch, im Durchschnitt 41 M. das Pfund, Seefisch, als Fisch-
trocknet 48.— M. das Pfund, frische arktische Seefische 30.— M.
das Pfund, Dorsch, kleine 18.— M. das Pfund, Dorsch,
mittel 28.— M. das Pfund, Dorsch, große 35 M. das Pfund.
Zum Verkauf kommt wieder nur Ware
bester Qualität. Wir empfehlen besonders auf die Dorsch-
schollen, deren Kanazität jetzt bequemer ist. Sie zeichnen
sich durch besonderen Wohlgeschmack aus und sind außer
ordentlich preiswert. Alles Nähere über die Verkaufsstellen ist aus
den heutigen Bekanntmachungen an den Anschlagtafeln er-
sichtlich.

Stadtverordnetenfraktion

Sitzung am Donnerstag, 14. September, nachmittags
4 Uhr, Rathaus, Zimmer 100.

Wichtig für Schulklassen

Nur Vermeidung von Festlichkeiten in der Wahl des Ver-
trags kann in Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen
Verhältnisse sowohl Eltern als auch Schulklassen eine
vorherige sachmännliche Beratung nur dringend
empfohlen werden.

Das städtische Berufsamt Neukölln, das im all-
gemeinen auch über die Aufnahmestellen in den verschie-
denen Berufsarten orientiert ist, erstrebt nach wie vor die
Unterbringung von Schulklassen unter möglichst
günstigen Umständen ihrer jeweiligen individuellen
Fähigkeiten und Neigungen. In der männlichen als
auch weiblichen Abteilung wurden im zweiten Viertel d. J.
insgesamt 175 Lehrlinge befristet. Gegenwärtig stehen dem
Berufsamt wiederum zahlreiche Lehrstellen zur
Verfügung, die sich auf 30 bzw. 11 verschiedene Berufsarten
erstrecken.

Ein auffälliger Lehrlingsmangel tritt beispiels-
weise im Kunst- und Kunsthandwerk in die Erscheinung,
und doch bieten gerade diese sogenannten schweren
Berufe für alle körperlich dazu Geeigneten im Hinblick auf
den nur in geringem Maße vorhandenen Nachwuchs gute
Erwerbsaussichten.

In den Räumen von 9-1 Uhr mit Ausnahme von Sonn-
und Feiertagen Sprechstunden des Berufsamts, Er-
straße 287, wird Interessenten Auskunft in allen zweckdien-
lichen Fragen bereitwillig erteilt.

Ausbildung von tüchtigen Maschinenschreiberinnen

An 4 städt. Fachfortbildungsschulen für Mädchen sind
Nachkurse für Maschinenschreiben und Kurzschrift eingerichtet,
nämlich: 1. St. 61, Johanniterstr. 8, C. 2, Dinter der
Garnisonkirche 2, R. 20, Hochstr. 46, S. D. 26, Waldemarstr. 77.
Der Kursus hat bei 30 Wochenstunden Unterricht das Ziel,
schreibegewandte und kaufmännisch geübte Stenotypistinnen
heranzubilden. Er dauert ein Jahr. Ueber den erfolgs-
reichen Besuch erhalten die Teilnehmerinnen ein Schul-
zeugnis, auf Grund dessen sie vom 1. und 2. Schuljahr der
Vollfortbildungsschule befreit sind. Das Schulgeld beträgt
a. St. M. 180.— vierteljährlich. Bedürftigen Schülerinnen
können Freistellen gewährt werden. Der neue Kursus be-
ginnt am 8. Oktober; Anmeldungen täglich von 5-8 Uhr
(außer Sonntags) in den Büros der betreffenden Schulen.
Allen Schülerinnen, die wenigstens das Ziel der Gemein-
schule erreicht haben und den Besuch einer Stenotypistin
erstreben wollen, wird der Besuch dieser Kurse in einem
Interesse empfohlen.

Direktor Morvilius auf der Auflagebank

Vor der Strafkammer des Berliner Landgerichts I kommt
am 10. d. M. der bekannte Fall des Direktors Morvilius
zur Verhandlung.

Angeklagt sind fünf Ehepaare, und zwar Frau Mor-
vilius, ehemalige Direktorin der Reichsdruckerei, und
Frau Luitz, geb. Severin, Kaufmann Max Erdert und
Ehefrau, Rechnungsprüfer Arthur Förster und Ehefrau,
Kaufmann Joseph Heber und Ehefrau, Vertreter Ludwig
Göls und Ehefrau.

Es handelt sich um eine Reihe systematisch ausgeführter
Diebstähle, wobei die Gegenstände so ausgewählt
wurden, daß sie später ein einheitliches Ganzes gaben. Das
Verfahren ist zwei Jahre hindurch fortgesetzt, so daß diese
archaischen arbeitenden Diebstahlschleicher über prächtig
eingerichtete Wohnungen verfügten. Als der Betrieb
ausmündete, weil Frau Förster und Frau Heber von der
Polizei erwischt wurden, fand man in diesen Wohnungen
ein für ein großes Warenlager von Pelzen, Kleidungs-
stücken und Luxusgegenständen aller Art. Beschlagnahmen
wurden für 60.000 Mark Waren und zwei Bankbücher mit
170.000 Mark.

Direktor Morvilius wird nicht nur der Diebstahl be-
schuldigt. Die Auflaggeber sind auch dabei, daß er seine Stel-
lung benutzt hat, um die ihm verwandte Diebstahlschleicher,
an deren tätigen Mitarbeitern eine Frau gehörte, zu decken.
Für die Verhandlung sind 80 Zeugen geladen.

Charlottenburg. Am 17. d. M. findet eine Neuwahl
der Elternbeiräte an der 25. Gem.-Schule, Zobel-
straße 20/21 statt. Die christl. Unpolitischen oder politisch
Unschlüssigen, auf deren Protest die Wahl angesetzt ist,
machen die größten Anstrengungen, den sozial. Beiräten eine
Wiederwahl beizubringen. Es ist deshalb Mühe der Eltern
dieser Schule, rechtlos zur Wahl zu gehen und der Idee der
drei sozial. Parteien („Für weltliche und Einheitschule“) zum
Stiche zu verfallen. Die Wahl ist in der Turnhalle von
8-1 Uhr. Am Donnerstag, den 14. November, Verbreitung,
abzuholen von 5-7 Uhr bei Schneider, Goldschmidtstr. 14.
Ausreichende Beteiligung von den Genossen erwartet der
Wahlaustrich.

Desseneliche Elternversammlung der 100. Gem.-Schule,
Donnerstag, den 14. September, 7 Uhr in der Aula, Reich-
berger Straße 67-70. Tagesordnung: Warum will Herr
Lehrer Splinter unsere Schule verlassen?

Uman. Nach einer in der heutigen Ausgabe veröffent-
lichten Bekanntmachung des Landesfinanzamts Groß-Ber-
lin werden die Diensträume des Finanzamts Bed-
dina (XV) am 18. und 14. September von 10-12 Uhr
nach Berlin R. 24, Friedrichstr. 107 verlegt. Während des
Umzugs bleiben die Diensträume geschlossen.

Kunsgemeinde Neukölln. Der Ende Mai d. J. vom
Volkshilfsamt organisierte Aufruf zur Gründung einer
Kunsgemeinde Neukölln hat in den Kunst- und musikalischen
Kreisen der Neuköllner Bevölkerung begeisterte
Aufnahme gefunden. Rund 1900 Personen, die jetzt die
Mitgliedschaft erworben haben, werden fortan bei allen Ver-
anstaltungen der neuen Kunsgemeinde — seien es Konzerte
oder sonstige gelungene oder resignierte Darbietungen —
einen festen Stammescharakter bilden. Aber auch Nicht-
mitglieder soll, wenigstens in beschränktem Maße, regel-
mäßig die Möglichkeit des Besuchs dieser Volkshilfsabende
ermöglicht werden. In der nach Abtag 5 der Sitzungen
einguberufenen Hauptversammlung, welche am 22. Sep-
tember stattfindet, wird über die Winterveranstaltungen ge-
sprochen und dabei Wünschen der Mitglieder in weitgehendem
Maße Rechnung getragen werden.

Gewerkschaftliches

Generalversammlung der Betriebsräte

Am Montag wurde in der Berliner Stadthalle die am
5. d. Mts. vertagte Betriebsräte-Generalversammlung der
RDBA fortgesetzt.

In der Diskussion über das von Barth gehaltene
Referat und dem Korreferat Grothe (RDB) beschäftigten
sich Redner aller Parteigruppen mit den kritischen An-
sichten der SPD. und USF. wandten sich entschieden
gegen die Annahmen des kommunistischen Kontrollaus-
schusses, während die kommunistischen Redner behaupteten,
daß die Gewerkschaftsführer, besonders der RDBA, schuld
an der immer größer werdenden Verelendung der breiten
Volksschichten seien. Ein Kommunist betonte, daß die For-
derungen des kommunistischen „Offenen Briefes“ die zehn For-
derungen des RDBA in anderer Formulierung wieder-
gebe. Nachdem ein Schlußantrag der Debatte ein Ende ge-
macht, verlas Grothe in seinem Schlußwort nochmals
den Standpunkt der RDBA-Kontrollkommission zu rechtfertigen
und empfahl eine von ihm vorgelegte Resolution zur In-
nahme, die u. a. die sofortige Einberufung eines Reichs-
betriebsrätekonferenzen verlangte.

Genosse Barth trat in seinem Schlußwort den Aus-
führungen der kommunistischen Redner entgegen und empfahl
die Ablehnung der kommunistischen Resolution und eine
vom Vorkonferenz vorgelegte Entschließung zur Annahme.

Diese Entschließung fordert u. a. die Stärkung der
Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse durch Bildung
einer einigten sozialistischen Partei, Zusammenfassung der
Gewerkschaften in Industrieverbände, Stärkung der Arbeiter-

Massenkundgebung gegen Teuerung und Wucher

am Freitag, den 15. September, abends 7 Uhr,
in folgenden Lokalen:

- Musikerviertel, Kaiser-Wilhelm-Strasse.
- Arbeiter-Gesellschaftshaus, Wickestr. 24.
- Pharusstraße, Müllerstr. 142.
- Högow-Bränerci, Prenzlauer Allee 224.
- Prachtstraße des Ostens, Frankfurter Allee 48.
- Charlottenburg: Leibniz-Überrealschule, Schillerstr. 127.
- Spandau: Koch, Bismarckstraße, Feldstr. 51.
- Wilmerdorf: Rohr, Kaiser-Allee 51/52.
- Zehlendorf: Restaurant Kaiserhof, Potsdamer Straße.
- Schöneberg: Hohenzollernschule, Belgischer Straße.
- Tempelhof: Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Straße.
- Neukölln: Schultheiß, Hasenheide 22-31 (Wintergarten).
- Treptow-Niederschöneweide: Wirtshaus „Loreley“, Nieder-
schöneweide, Berliner Str. 101.
- Cöpenick: Stadt-Theater.
- Friedrichshagen: Schröder, Friedrichstraße 88.
- Lichtenberg: Aula, Realgymnasium, Parkane an der Mühl-
dorferstraße.
- Pankow: Lindner, Breite Straße.
- Tegel: Strandloshof, Tegel.

Heraus! Genossen und Genossinnen Heraus!

USPD-Bezirksverband Berlin-Brandenburg —
SPD-Bezirksverband Groß-Berlin —
Gewerkschaftskommission Groß-Berlin.

organisationen und der Arbeiterpresse. Weiter wird eine
Schmälerung des Unternehmerprofits durch verschärfte Be-
steuern und Vermögensbesteuerung gefordert.

Der Vorkonferenz wird beauftragt, durch den Beirat eine
Verteilerkommission von Betriebsräten aus dem Reich zu an-
fragen, die die Grundlage für einen Reichsbetriebs-
rätekonferenz schaffen soll.

Diese Entschließung des Vorkonferenz wurde mit 156 gegen
181 Stimmen angenommen. Ein zweiter Antrag, der
der RDBA-Kontrollkommission das höchste Mißtrauen aus-
spricht, wurde mit 137 gegen 130 Stimmen abgelehnt.
Damit waren die Beratungen der Generalversammlung be-
endet.

Bauarbeiter Berlins

Nachdem die Bezirke Norden I und II, Südost und Ge-
sundbrunnen auf Grund organisationswidriger Vor-
gänge aufgelöst werden mußten, sind Anhänger bzw. Be-
auftragte der kommunistischen Partei am Werke, die in den
früheren Bezirken wohnenden Kollegen anzusuchen, um diese
für ihre Zwecke, für den kommunistischen Bau-
arbeiterverband, zu gewinnen.

Unter Vorpiegelung solcher Tatsachen, hoffnungsvollen
Versprechen und, versucht man die Verbandsführer einzun-
stehen.

Bauarbeiter Berlins! Laßt Euch durch derartige Machi-
nationen nicht irreführen. Ihr schädigt Euch selbst. Dieser
kurze Hinweis sollte genügen, um jedes Mitglied unseres
Verbands von unüberlegten Handlungen in seinem eigenen
Interesse gewarnt zu haben.

Im übrigen verweisen wir auf das dieser Tage an die
Mitglieder verabsolte Flugblatt.

Der Vereinsvorstand.

Lohnstreik im Drochlengewerbe

In einer überfüllten Versammlung am 11. d. Mts. im
Gewerkschaftshaus nahmen die Kraftdroschken-
fahrer Stellung zu den Verhandlungen ihrer Branchen-
leitung und Lohnkommission mit den Arbeitgebern. Mit
großem Bestreben nahmen die Versammelten Kenntnis
von dem Verhalten der Arbeitgeber, die sich beharrlich weigern,
den Grundlohn eines Kraftdroschken, der im Frieden
150 M. pro Schicht betrug, auf 100 M. heranzuführen, wie
es der Demobilisationskommission den Arbeitgebern drin-
gend empfohlen hatte.

Mit der weiteren prozentualen Verzögerung der Fahrer
von 15 Prozent der Gesamteinnahmen der Demobilisation,
20 Prozent für Elektrofahrer und 25 Prozent für Pferde-
fahrer haben sich die Arbeitnehmer einverstanden er-
klärt.

Das Streitobjekt ist also lediglich die Erhöhung des
Grundlohnes auf 100 M. pro Schicht. Die Versammelten

siehen einstimmig die unternommenen Schritte ihrer Ver-
treter an und beantragten diese, alles Erforderliche zur
Vertretung ihrer Interessen zu veranlassen.

Angestellte der Berliner Metallindustrie

Nachdem das mit dem D.M.G. am 2. d. Mts. erzielte
Verhandlungsergebnis nachträglich auch von den
Kollegen des Deutschen Werkmeister-Verbandes mit knapper
Mehrheit angenommen worden ist, kann die Gehalts-
bewegung für die Monate August und September 1922 als
abgeschlossen betrachtet werden.

Die Vereinbarungen sind im Wortlaut im Ordinarium
Groß-Berlin des RDB-Bundes, Berlin R. 30, Reimken-
dorfer Str. 118, erhältlich.

RDB-Bund, Ordinarium Groß-Berlin.

Funktionäre der Metallarbeiter. Die in der Nummer
vom Montag angekündigte Versammlung sämtlicher Fun-
ktionäre des Metallarbeiterverbandes, soweit
sie auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinter-
nationale stehen, findet umhänkebar nicht Donnerstag,
sondern erst am Freitag, den 15. September, abends 8 Uhr,
in der Humboldt-Akademie, Gartenstraße 25, statt. Tages-
ordnung: Die letzten Vorgänge im Kampf gegen die Ge-
werkschaft. Das pünktliche Erscheinen ist unbedingt er-
forderlich. Die Fraktionsvorsitze.

Streik im Glasergewerbe. In den Glashandlungen, die
zur Deutschen Fensterglas-Aktiengesellschaft gehören, stehen
die Aufschneider, Glaskarbeiter, Glasmaßeure und Aufsteiger seit
Dienstag im Streik. Der Lohn war bisher 30 M., gefordert
sind 60 M. pro Stunde.

Septemberlöhne im Böttchergewerbe. Wie uns der
Böttcher-Verband mitteilt, erhöhen sich die Augustlöhne für
Böttcher in der ersten Septemberhälfte um 18 Mark und
in der zweiten Septemberhälfte um weitere 10 Mark pro
Stunde. Die Löhne für Hilfsarbeiter erhöhen sich um
15 Mark bzw. 10 Mark pro Stunde. Das Septemberab-
kommen ist im Büro, Engelauer 24, 8 Treppen, erhältlich.

Graphisches Gewerbe. Die „Opposition“ Nr. 9 ist er-
schienen. Abzuholen bei Baum, Stallschreiberstraße 47.

Parteiveranstaltungen

Ordner zur Auabendweife. Freitag 8 Uhr bei Kämpel,
Dunderstr. 83. Alle Ordner, die bei den proletarischen Freier-
kämpfen tätig waren, werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.
4. Verwaltungsbereich. Bezirksversammlung, Bezirksamt
Danziger Str. 61/63, pünktlich 8 Uhr.

Rinderstuhlkommision Groß-Berlin. Vollversammlung
Freitag nachmittags 5 Uhr. Ort wird noch bekanntgegeben.
Sämtliche Kommissionsmitglieder müssen unbedingt erschei-
nen. Referent Genossin Barm.

Vollversammlung der Rinderstuhlkommision findet Frei-
tag nachmittags 6 Uhr statt; zahlreiches Erscheinen aller
Mitglieder ist erforderlich. Der Ort der Versammlung
wird morgen bekanntgegeben.

Sprechstunde für die proletarischen Freierkämpfer. Donner-
stag 7 Uhr in der Sophienkirche, Reinmeisterstr. 16/17,
Übungsstunde.

Schöneberg-Friedensrat. Das Rinderstuhlkommision der
Rinderstuhlkommision findet Sonntag, den 17. September, auf dem Spielplatz
Rudowstraße um 3 Uhr statt. Kinder und Frauen treffen sich 4 1/2 Uhr. Die
Kinder- und Frauenabteilung trifft am Untergrundbahnhof, Rudowstr. 43 Uhr.

Mittwoch, den 13. September.

9. Verwaltungsbereich (Wilmerdorf, Schmaragdstr., Brunnenstr.). In
allen Abteilungen Sonntag 7 1/2 Uhr abends in den dafür bestimmten
Räumen.

15. Verwaltungsbereich. Abteilung Baumhauwerk, abends 7 1/2 Uhr
Abteilungsvorstellung bei Gerhardt, Baumhauwerkstraße 6. Erscheinen bringen
notwendig.

2. Bezirk, 2. Abteilung. Gemeinamer Jahlabend bei Kurzgraf, Hens-
str. 5.

3. Bezirk, abends 7 1/2 Uhr gemeinschaftlicher Jahlabend. 1. Abteilung
bei Gremm, Schützenstraße 6. 2. Abteilung in den bestimmten Lokalen.
3. Abt. bei Baum, Schützenstraße 9. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

7. Bezirk (Wedding), 2. Abteilung. Gemeinamer Jahlabend im Lokal
Jahlabend Straße 3, abends 7 Uhr. Pünktliches Erscheinen notwendig.

9. Bezirk. Die in der Nummer vom Montag für diese angelegte Mit-
gliederversammlung beruht auf einem Irrtum. Sie betrifft nicht unsere
Mitglieder, sondern Helfende.

13. Bezirk, 2. Abteilung. Gemeinamer Jahlabend bei Giese, Koppen-
bergstraße 74. Stellungnahme zum Reichsmittelgesetz.

17. Bezirk, 7. Abteilung. abends 7 Uhr bei Busch, Tilmstr. 27.
gemeinamer Jahlabend. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Stadler
über: Wohnungsfrage und Reichsmittelgesetz. 2. Berichterstaltung
von der Generalversammlung.

20. Bezirk (Kreuzberg). Von jeder Abteilung muß heute abends 7 1/2 Uhr
ein Abteilungsleiter zu einer kurzen wichtigen Besprechung bei Bier,
Kreuzbergstraße 9, anwesend sein.

20. Bezirk, 13. Abteilung. Jahlabend bei Gabel, Ludw.straße 23.
Gartenstraße, 3. Abteilung, abends 7 Uhr gemeinamer Jahlabend
bei Gräffler, Köpenickerstraße 6.

Schöneberg-Friedensrat. Gemeinamer Jahlabend des 1., 2. und 3. Be-
zirke bei Jürgens, Korbstraße 5a, des 4., 5., 6. und 10. Bezirke bei
Baum, Köpenickerstraße 35, des 7., 8. und 9. Bezirke und Gesundbrunnen,
Schule Antonienstraße 22, Mühlhauk. Vortrag: Welche Ziele haben wir
im Reichsbetriebsrat? abends 7 1/2 Uhr gemeinamer Jahlabend aller Bezirke
im Lokal (Zugendhalle).

Wahlkreise. abends 7 1/2 Uhr anstelle der Jahlabende Mitglieder-
versammlung im Lokal des Realgymnasiums Moellstraße, Tagesordnung:
Stellungnahme zum Mittelgesetzprogramm.

1. Oktober zu wählen.
Neukölln. Jahlabend und Bezirksversammlungen 7 1/2 Uhr in folgenden
Lokalen: 1., 2., 3. und 4. Bezirk im Reichshaus Mühlhauk (Schule). —
5. Bez. bei Hilgert, Hasenheide 31/32. — 11. Bezirk bei Orlowski, Roß-
felderstr. 120. — 12., 14. und 17. Bez. im „Neuen Rathaus“, Gormann-
str. 19, Köpenickerstraße. — 18. und 21. Bezirk bei Gähner, Schiller-Brombeere 11.
— 20. Bezirk bei Müller, Silesienstraße 64. — 23. und 24. Bezirk im
„Hilfsarbeiter“, Kleiner Saal. — Die übrigen Bezirke in den bestimmten
Lokalen.

Witz. Gemeinamer Jahlabend bei Köpfer, Thausenstraße 69/70.
Proletarische Arbeiterfreunde (Gruppe Wedding). Jeden Mittwoch von
5-7 Uhr abends im Stadthaus, Gertrudenstr. Jeden Donnerstag von
5-7 1/2 Uhr Unterhaltungsabend in der Turnhalle, Rudowstraße 5/7. Ge-
nosinnen und Genossen, laßt euch nicht in unsere Abende, damit sie von
der Straße und vom Büro ausgefüllt werden.

Wahlkreise. abends 8 Uhr gemeinamer Jahlabend in der 2. Gemein-
schaft, Antonienstraße. Bericht von der Bezirks-Generalversammlung.
Ehrentage. abends 7 1/2 Uhr gemeinamer Jahlabend bei Fleischer,
Waldstraße 7.

Pankow. Jahlabend bei Schulz, Kurfürstenstr. 37. Wichtige Tages-
ordnung.
Verband der Buchbinder und Buchverarbeiter, Goldbleichen- und Gold-
schmiedstraße. Nachmittags 5 Uhr im Preussischen Kasino, Trebbener Str. 96.
Branchenversammlung gemeinsam mit den Holzarbeiter.

Vereinskalender

Mittwoch, den 13. September.

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Güter-Abteilung). abends
6 Uhr im Hofe des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25, Vollversammlung.

Donnerstag, den 14. September.

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Güter-Abteilung). 5. Industriearbeiter-
Nachmittags 4 1/2 Uhr der Versammlungen. 1. Gewerkschaftshaus, Engel-
auer 24/25, Saal 1. 2. Verminnen-Göhlen, Bremer Straße 75/79. 3. Holz-
arbeiter-Salon, Halberger Straße. 4. Ober-Schöneberg, bei Gertruden, Glem-
merstr. 19. 5. Köpenickerstraße. Tagesordnung: In allen Versammlungen: Bericht-
erstaltung vom Verbandstag. Ohne Mitgliedschaft kein Zutritt.

Verbandsrat der Arbeiterfreunde. Gemeinamer Jahlabend: Verwaltungsbereich
alle Mitglieder-versemmlungen. 7 Uhr Zentral-Gesellschaft, Alte Jakobstr. 30/32.
Genossinnen treffen sich um 3 Uhr abends.

Freitag, den 15. Sept.

Vereinskalender proletarischer Arbeiterfreunde. abends 7 Uhr Stadthaus
Ackerstraße, Zimmer 339. Mitglieder-versemmlungen. 1. Bericht von der
Internationalen Tagung in Salzburg. 2. Die künftigen Aufgaben.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rauch, Berlin: für den
Anzeigen- und geschäftlichen Teil: Fritz A. Schiller, Berlin.
Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von
Georg & Reimer, e. G. m. b. H., Berlin SW., 68, Kurfürst. 75.